

Freie Sicht für freie Bürger

ÖKOLOGIE Die Natur muss Opfer für die Energiewende bringen, glauben selbst Umweltschützer. Die Wildnis gerät unter die Räder des grünen Fortschritts

Wenn Sie in diesen Tagen mit dem Auto über Land fahren, kann Ihnen die tolle Sicht auffallen. Kaum ein Falter oder eine Fliege klatscht auf die Windschutzscheibe und verschmiert das Glas. Sollten Sie älter als 30 Jahre alt sein, erinnern Sie sich vermutlich noch daran, dass Autofahrer früher nach einer Fahrt in die Sommerfrische die Windschutzscheibe von Insektenresten freikratzen und schon zuvor während der Fahrt mit Scheibenwischer und Sprühnebel das Gröbste beseitigten. Diese Zeiten sind vorbei. Und zwar aus einem einfachen Grund: Die Zahl der Insekten ist zurückgegangen. Ein Großteil der Wildbienen, Käfer, Hummeln, Fliegen, Libellen und Schmetterlinge hat den Pestizideinsatz und das Trockenlegen von Auen nicht überlebt.

Zyniker denken nun: „Freie Sicht für freie Bürger“. Zynismus wegen des Verschwindens von Unterholz-Bewohnern wie der Bergwald-Bodeneule (eine Schmetterlingsart) oder der Speer-Azurjungfer-Libelle ist angesichts des größten Artensterbens seit dem Aussterben der Dinosaurier jedoch fehl am Platz. Im Unterschied zu damals entwickeln sich heute keine neuen Tier- oder Pflanzenarten. Der Mensch hat mittlerweile jeden Lebensraum auf der Erde besetzt; er lässt der Evolution keine Ruhe, neue und der Situation angepasste Tiere hervorzubringen.

Kein Platz für Balz und Brut

Bis zu 42 Prozent der Insekten können in Deutschland aussterben, warnen Forscher des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung. Der Artentod im Reich der Wirbellosen löst unwiederbringlich eine Kettenreaktion aus, die bis in die Vorgärten reicht. Blaumeisen, Gartenrotschwänze, Kleiber und andere Singvögel ernähren sich von Insekten, ebenso wie Frösche, Eidechsen, Schlangen oder auch Igel und Fledermäuse. Die meisten Vertreter der genannten Tierarten stehen ebenso wie ihre Nahrung auf der Roten Liste bedrohter Arten. Die einen als gefährdet, die anderen als vom Aussterben bedroht. Ihnen fehlen ausreichend Futter, ausreichend Platz für Balz und Brut und von Pestiziden unbelastetes Wasser, Boden und Luft.

Die Wissenschaftler des Helmholtz-Instituts glauben, dass ein kritischer Punkt erreicht worden ist. Solche Studien rufen jedoch keinerlei Resonanz bei Politikern von links über grün bis rechts hervor. Regierung, Unternehmen, Kirchen und selbst die Naturschutzverbände schweigen.

Die politischen Kräfte derjenigen, die sich einst für Natur- und Umweltschutz eingesetzt haben, fokussieren sich heute alleine auf die Energiewende. Dahinter verschwinden alle anderen umweltpolitischen Notwendigkeiten.

Naive Spinner?

Welcher Umweltpolitiker spricht heute noch von Müllvermeidung, Mehrwegsystemen oder Flächenversiegelung? Von Stickstoffeinträgen durch Autos und Laster? Von überdüngten Böden? Dabei hat die Energiewende meist – über die Klimafrage – nur mittelbar mit Umweltschutz zu tun, trägt aber ihrerseits zur Umweltzerstörung bei. Siehe etwa die Offshore-Windkraftanlagen, deren Bau das Wattenmeer zerstört und das Aussterben von Schweinswalen und Robben beschleunigt. Ein Grünen-Mitglied und Lobbyist eines Energiewende-Think-Tanks in Berlin sagte kürzlich, dass für die Energiewende eben alle Opfer bringen müssen – auch die Natur.

Die Energiewende ist ein Milliardengeschäft für Wind- und Solarparkbetreiber; wer sie kritisiert, gilt als Büttel der Atomindustrie. Naturschützern ergeht es heute wie den Umweltschützern und Anti-AKW-Aktivisten der 1980er und 1990er Jahre. Sie stellen das Gedankensystem derjenigen in Frage, die ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen durchdrücken wollen.

Naturschützer werden deshalb als naive Spinner diffamiert, lächerlich gemacht und als die Anti-Modernisierer von Wirtschaft und Gesellschaft

Welcher Umweltpolitiker spricht heute noch von Müllvermeidung, Stickstoffeinträgen oder Flächenversiegelung?

Ulrike Fokken

■ ist freie Journalistin und Autorin für Politik, Umwelt, Wirtschaft sowie taz-Redakteurin für die Seite 1 und die Schwerpunktseiten. Sie lebt in Berlin, wo sich Fuchs und Hase am Landwehrkanal „Gute Nacht“ sagen.



Foto: Karin Hirl

dargestellt. In der grünen Bundestagsfraktion haben die Naturschutzpolitiker schon seit Jahren nichts mehr zu sagen. Die Befürworter der Energiewende haben sie so sehr an die Wand gedrückt, dass sie keinen offenen Widerspruch mehr wagen. Auch in der Partei haben sich die Wirtschaftspolitiker und Energiewender durchgesetzt, wie der Mitgliederentscheid zu den wichtigsten Wahlkampfthemen zeigt: 52 Prozent für das Ziel „100 Prozent Erneuerbare“, nur 13 für den Schutz von Storch und Laubfrosch. In den meisten Natur- und Umweltschutzverbänden bestimmen die Energiepolitiker als Klimaschützer den Kurs. Und vom Umweltministerium angefangen bis in die Amtsstuben der Stadtkämmerer gilt der Glaubenssatz, dass zuerst die Energiewende gelingen müsse, damit der Klimawandel aufgehalten werde, und dann könne man sich wieder um Tiere und Pflanzen kümmern.

Aber bis dahin ist es zu spät. Die Weltnaturschutzunion hat Anfang Juli die Rote Liste der vom Aussterben bedrohten Tiere und Pflanzen aktualisiert und 4.807 neue Arten darauf gesetzt. Weltweit sind 70.294 Tiere und Pflanzen bedroht, davon drohen 20.934 Arten in den nächsten Jahren auszusterben. Die Ursachen dafür sind verschieden, aber immer steckt der Mensch dahinter, weil er Wasserkraftwerke baut, Wälder rodet oder Landschaften für den Tagebau abbaggert. Der Klimawandel kommt noch on top.

Zurück auf die politische Bühne

Wer gilt schon gern als von gestern? Ob es nun an der Größe der Aufgabe oder am gesellschaftlichen Klima liegt, Naturschützer haben sich in den vergangenen Jahren von der politischen Bühne verzogen. Es ist an der Zeit, dass sie wieder aus der Deckung kommen und sich einmischen.

Die Fokussierung der Umweltpolitiker auf die Energiewende verhindert ja auch, dass der Naturschutz sich selbst weiterentwickelt. Er hängt an den Dogmen des 19. und 20. Jahrhunderts, nach denen Natur gehegt und gepflegt werden soll. Dabei wächst es draußen ganz von allein, wenn der Mensch sich heraushält. Ein zeitgemäßer Naturschutz erkennt auch dieses anarchisch anmutende Lebensrecht der Natur an, doch widerspricht das den Überzeugungen etlicher Funktionäre in den Naturschutzverbänden. Es geht also nicht nur um die Frage, wie viel Mensch die Natur verträgt. Sondern auch darum, wie viel Wildnis diese Zivilisation erträgt.

ULRIKE FOKKEN